

A4 BaWü 2030: Weniger Autos, weniger Arbeitsplätze. Freie Freitage für alle!

Antragsteller*in: Lena Schwelling, Marcel Roth, Lea
Elsemüller, Franziska Sander, Deniz Gedik,
Marc Buschlüter, Alina Welser, Tobias
Bacherle
Beschlussdatum: 02.11.2017
Tagesordnungspunkt: TOP 6 V-Anträge

Antragstext

1 Zahlreiche Studien sagen eine Zukunft voraus, die unsere Mobilität grundlegend
2 verändern wird. Ob 2030 oder früher: Wenn es die Weltgemeinschaft ernst meint
3 mit dem Pariser Klimaabkommen werden die kommenden Jahre entscheidend sein für
4 den Ausstieg aus dem Verbrennungsmotor und dem Einstieg in neue Technologien –
5 allesamt sind weniger komplex in der Fertigung, werden nur noch geringfügig
6 Schadstoffe ausstoßen und zunehmend maschinell hergestellt. Doch nicht nur das:
7 Schenkt man dem Stanford-Dozenten Tony Seba Glauben, wird sich mit dem
8 autonomen, vernetzten Fahren auch der Besitz von Autos nicht mehr lohnen. Schon
9 in naher Zukunft werden wir keine Autos mehr kaufen, wir werden Mobilität
10 buchen. Damit werden Fahrzeuge endlich ihrem Namen gerecht – und fristen kein
11 platzfressendes Stehzeug-Dasein mehr.

12 **Weil alle freie Freitage feiern (oder lieben, aber dann ist die Aliteration weg)**

13 All das führt zu einem massiven Verlust an Arbeitsplätzen. Und das ist gut so –
14 so lange wir mutige politische Antworten darauf geben. Als GRÜNE JUGEND Baden-
15 Württemberg stehen wir der verschwenderischen Leistungsgesellschaft kritisch
16 gegenüber. Schon der Ökonom Keynes sagte zu Beginn des 20. Jahrhunderts seinen
17 Enkel*innen eine Wochenarbeitszeit von 15 Stunden voraus. Eine unserer Antworten
18 auf die Digitalisierung sind verkürzte Arbeitszeiten. So können **die verbliebenen**
19 **Arbeitsstellen mit fairen Löhnen gerecht verteilt werden**. Ein erster Schritt ist
20 die 28-Stunden-Woche, die wir als Norm anstreben wollen. In eine ähnliche
21 Richtung geht auch die Forderung der IG Metall nach einer flexiblen 28-Stunden-
22 Woche.

23 **Mutige Politik machen und nicht das Feld den Angstmacher*innen überlassen**

24 Baden-Württemberg profitiert bis dato wie kein anderes Bundesland von der
25 Autoproduktion. Gleichzeitig lässt sich hier in den nächsten Jahren zeigen, ob
26 wir Digitalisierung als etwas begreifen, dem wir mit Zuversicht entgegenblicken
27 oder ob wir den Teufel an die Wand malen – weil wir das Ausmaß des Wandels nicht
28 früh genug erkannt haben. Wir wollen wegfallende Arbeitsplätze frühzeitig
29 positiv erzählen. Ansonsten werden es die Demagog*innen von rechts tun - sie
30 werden es anders erzählen. Wir wollen den Menschen das Gefühl geben, dass wir
31 zukunftsfähige Konzepte in der Tasche haben. Wir müssen aufhören, uns nur um
32 technische Fragen etwa zur Elektromobilität zu kümmern. In der Diskussion um die

33 Zukunft unserer digitalen und CO2-neutralen Gesellschaft ist es zu kurz
34 gegriffen, nur mit den Automobilkonzernen zu sprechen. Die Landesregierung hat
35 den sogenannten *Strategischen Dialog mit der Automobilwirtschaft* ins Leben
36 gerufen. Dort spricht sie mit der Branche, den Kammern, Gewerkschaften sowie der
37 Wissenschaft über den anstehenden Transformationsprozess der Automobilindustrie.
38 Wer dabei am Tisch fehlt, das sind die Stadt- und Verkehrsplaner*innen, die
39 Umwelt- und Verkehrsverbände, die Soziolog*innen, die Städte und Gemeinden, die
40 Philosoph*innen, die Visionär*innen, die Praktiker*innen und vor allem die
41 zukünftigen Nutzerinnen und Nutzer.

42 Daher fordern wir eine Enquete-Kommission im Landtag, die sich mit der
43 gesamtgesellschaftlichen Herausforderung „Digitalisierung und Nachhaltigkeit am
44 Beispiel der Mobilitätswende in BW“ beschäftigt.